

**Protokoll
über die 21. Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen am 15.12.2005**

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:45 Uhr

Ort: Caritas Kreisverband Schwerin, Klosterstraße 24

Anwesenheit

Vorsitzender

Sembritzki, Erika Die Linkspartei.PDS

1. Stellvertreter des Vorsitzenden

Bank, Sabine Dr. Unabhängige Bürger

2. Stellvertreter des Vorsitzenden

Klammt, Johannes Prof. Dr. Dr. CDU

ordentliche Mitglieder

Brill, Anna	Die Linkspartei.PDS
Lüdtke, Hannelore	SPD
Meslien, Daniel	SPD
Nagel, Cornelia	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Riedel, Georg-Christian	CDU
Woywode, Robert	CDU

stellvertretende Mitglieder

Leppin, Patricia	Unabhängige Bürger
Marksteiner, Klaus	Die Linkspartei.PDS

beratende Mitglieder

Baumotte, Peter

Verwaltung

Block, Steffen
Müller, Karen
Selke, Achim
Stang, Dietrich
Subke, Bärbel

Leitung: Erika Sembritzki

Schriftführer: Katy Berend

Festgestellte Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung
2. Bestätigung der Sitzungsniederschriften
 - 2.1. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 19. Sitzung vom 10.11.2005 (öffentlicher Teil)
 - 2.2. Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 20. Sitzung (Sondersitzung) am 24.11.2005
3. Mitteilungen der Verwaltung
4. Auswertung des Besuchs der ARGE Schwerin von Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin am 8. Dezember 2005 in der Zeit von 15.00 bis 17.00 Uhr (Anlage: Einladung vom 22. November 2005)
5. Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II
 - 5.1. Umsetzung der Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II
6. Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung
 - 6.1. Schulschwänzerei in Schwerin
Vorlage: 00807/2005
7. Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung der Sitzung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und Festsetzung der Tagesordnung**

Bemerkungen:

Die Ausschussvorsitzende, Frau Sembritzki, eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Soziales und Wohnen, begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreter der Verwaltung und die Gäste. Sie bedankt sich ausdrücklich beim Caritas Kreisverband für die Möglichkeit der Nutzung der Räumlichkeiten und für die Vorbereitung der Sitzung.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben. Die Tagesordnung wird ohne Änderungen bestätigt.

Beschluss:

Der Tagesordnung wird ohne Änderungen zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2 **Bestätigung der Sitzungsniederschriften**

zu 2.1 **Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 19. Sitzung vom 10.11.2005 (öffentlicher Teil)**

Bemerkungen:

Die Verwaltung ergänzt ihre Ausführungen zum Thema "Gemeinschaftsunterkunft Görries" im TOP 3 um die Mitteilung, dass die Nutzungsaufgabe durch die Stadt bereits zum 30.04.2006 erfolgen wird.

Beschluss:

Mit der von der Verwaltung vorgenommenen Ergänzung wird die Sitzungsniederschrift einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 2.2 Bestätigung der Sitzungsniederschrift der 20. Sitzung (Sondersitzung) am 24.11.2005

Beschluss:

Die Sitzungsniederschrift wird ohne Änderungen einstimmig bestätigt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	9
Nein-Stimmen:	0
Enthaltung:	0

zu 3 Mitteilungen der Verwaltung

Bemerkungen:

- Die Verwaltung nimmt Bezug auf die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 30.11.2005 und die Erörterung der Problematik SGB II, in deren Ergebnis eine regelmäßige Berichterstattung über die Entwicklung des SGB II im Jugendhilfeausschuss gefordert wurde.
Die Verwaltung regt an, den Ausschuss für Soziales und Wohnen als alleinigen Begleitausschuss zum Thema SGB II zu belassen und interessierten Mitgliedern anderer Ausschüsse jederzeit die Möglichkeit der Teilnahme zu gewähren.
Die Ausschussmitglieder begrüßen den Vorschlag der Verwaltung. Darüber hinaus kann der Informationsfluss über Frau Leppin in ihrer Doppelfunktion als Mitglied des Jugendhilfeausschusses und stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für Soziales und Wohnen bzw. über die Zusammenarbeit der beiden Ausschussvorsitzenden sichergestellt werden.
- Seitens der Verwaltung wird mitgeteilt, dass das Merkblatt zur Umsetzung der Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II zwischenzeitlich erarbeitet wurde und beabsichtigt ist, es jedem Hilfeempfänger auszuhändigen.
- Für die vom Ausschuss initiierte monatliche Sprechstunde, die den Bürgern die Möglichkeit bieten soll, ihre Probleme im Zusammenhang mit der Leistungsgewährung nach dem SGB II vorzutragen, wurde der Raum 4.022 im Stadthaus zu folgenden Terminen reserviert:

11.01.2006, 08.02.2006, 08.03.2006, 05.04.2006, 03.05.2006, 31.05.2006, 28.06.2006

Beschluss:

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

zu 4 Auswertung des Besuchs der ARGE Schwerin von Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen der Stadtvertretung der Landeshauptstadt Schwerin am 8. Dezember 2005 in der Zeit von 15.00 bis 17.00 Uhr (Anlage: Einladung vom 22. November 2005)

Bemerkungen:

Zu Beginn der Auswertung bringt die Ausschussvorsitzende ihre Enttäuschung über die unzureichende Teilnahme von Vertreterinnen und Vertretern der Fraktionen am Gespräch in der ARGE Schwerin zum Ausdruck. Dennoch wird der Besuch von ihr als sehr aufschlussreich eingeschätzt, da es nunmehr möglich ist, die Problematik sowohl aus Sicht des Bürgers als auch aus Sicht der Mitarbeiter betrachten zu können.

Die vorgefundene Arbeitssituation der Mitarbeiter vor Ort wird dabei sehr kritisch betrachtet. Aspekte, wie Personalvertretung, Gleichstellungsbeauftragte, Supervision, Konfliktmanagement, Qualifizierung bzw. Spezialisierung, müssen im Interesse der Mitarbeiter stärker als bisher thematisiert und die Entwicklung beobachtet werden.

Ausdrücklicher Wunsch der Ausschussmitglieder ist es, sich im Januar 2006 durch Herrn Gerth über die Arbeitsweise der ARGE Schwerin informieren zu lassen.

Nach anfänglicher Skepsis wurde durch die Mitarbeiter der ARGE auch das Vorhaben der Ausschussmitglieder begrüßt, eine Sprechstunde für Bürger einzurichten, um ihre Probleme im Zusammenhang mit der Leistungsgewährung vortragen zu können. Dabei wurde durch die Ausschussvorsitzende ausdrücklich darauf verwiesen, dass keinerlei Beratungstätigkeit vorgesehen ist, sondern dem Bürger nur Wege zur Lösung aufgezeigt werden sollen.

Auch den Mitarbeitern der ARGE Schwerin wird das Angebot unterbreitet, die Sprechstunde zu nutzen.

Beschluss:

Die Informationen werden zur Kenntnis genommen.

zu 5 Ständiger Tagesordnungspunkt: Umsetzung des SGB II

zu 5.1 Umsetzung der Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II

Bemerkungen:

Die Verwaltung informiert, dass die Richtlinie zur Bestimmung der Leistungen nach § 22 SGB II zwischenzeitlich angewendet wird und seit dem 28.11.2005 die Arbeitsgruppe ihre Tätigkeit aufgenommen hat.

Wie bereits angekündigt, werden die Bedarfsgemeinschaften (BG) in drei Kategorien eingeteilt.

1. Die Aufwendungen sind zu hoch.
Die BG erhalten die Möglichkeit, ihre Gründe darzulegen. Es erfolgt dann eine Einzelfallentscheidung.
2. Grenzfälle
Hier wird das Amt für Soziales und Wohnen nach vorheriger Anhörung eine Entscheidung treffen. An der Entscheidungsfindung sind Vertreter des Amtes, der stellv. Geschäftsführer der ARGE und ein Teamleiter beteiligt. Dieses Verfahren soll auch zur Entlastung der Sachbearbeiter in der ARGE beitragen.

3. Die Aufwendungen sind angemessen.
Auch hier wird eine Mitteilung an die BG erfolgen, die u. a. Hinweise enthalten wird, wie mit evtl. Erhöhungen der Betriebskosten umzugehen ist.

Die Grunderfassung soll am 27.01.2006 abgeschlossen werden. Zeitgleich ist der Versand der Schreiben vorgesehen und soll mit der Bearbeitung der Grenzfälle begonnen werden.

Ziel ist es, die Arbeiten Ende August 2006 zum Abschluss zu bringen.

Einen ersten Zwischenbericht wird die Verwaltung am 12.01.2006 im Ausschuss für Soziales und Wohnen geben.

Die Verwaltung betont ausdrücklich, dass die Bürger nicht zum Umzug gezwungen werden können. Es erfolgt lediglich die Übernahme der Kosten der Unterkunft in der jeweils angemessenen Höhe.

Beschluss:

Die Ausschussmitglieder nehmen die Ausführungen der Verwaltungen zur Kenntnis.

zu 6 Beratung zu Anträgen aus der Stadtvertretung

**zu 6.1 Schulschwänzerei in Schwerin
Vorlage: 00807/2005**

Bemerkungen:

Herr Stang, Leiter des Amtes für Ordnung, Umwelt und Verbraucherschutz, verweist auf die bestehende Gesetzeslage im Land Mecklenburg-Vorpommern, wonach den Ordnungsbehörden keinerlei Befugnisse für diese Aufgabe eingeräumt werden.

Frau Müller als Vertreterin des Amtes für Jugend, Schule, Sport und Freizeit erläutert die Rolle der Jugendhilfe bei der Problematik der Schulschwänzerei. Sie verweist des Weiteren auf bereits in Schwerin etablierte Projekte und Maßnahmen. Vorrang hat in jedem Fall die Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendhilfe. Auch ohne Vorliegen belastbarer Zahlen wird ihrerseits allerdings bestätigt, dass die Schulschwänzerei als ein ernstzunehmendes Problem in Schwerin angesehen werden muss.

Die Ausschussmitglieder bitten darum, Zahlenmaterial zur Verfügung gestellt zu bekommen und über die Wirksamkeit der Projekte, wie z. B. Fit for Life, informiert zu werden.

Beschluss:

Der Antrag wird von den Ausschussmitgliedern nach der Berichterstattung durch die Verwaltung als erledigt angesehen. Dem Jugendhilfeausschuss wird empfohlen, sich weiterhin der Problematik zu widmen und den Ausschuss für Soziales und Wohnen über die Ergebnisse zu informieren.

zu 7 Sonstiges

Bemerkungen:

Herr Woywode teilt mit, dass die Seniorenbegegnungsstätte "Krebsförderer miteinander" Sieger im Nachbarschaftswettbewerb geworden ist.

gez. Erika Sembritzki

Vorsitzende

gez. Katy Berend

Protokollführer